

Kreisweite Betreuung für Schüler

Kreis- und Bildungsausschüsse sollen ein Konzept dafür erarbeiten

VON RAINER SCHMITT

Schwalm-Eder – Viel Lob für die Mitarbeiter der Fördervereine an Schulen gab es während der Sitzung des Kreistages in der Kulturfabrik in Melsungen. Zugleich waren sich die Mandatsträger einig, dass vor allem die Verwaltungsarbeit den Verantwortlichen der Vereine über den Kopf wächst. Deshalb sprach sich der Kreistag mehrheitlich für den Antrag der FDP aus, eine kooperative, flächendeckende Nachmittagsbetreuung an den Schulen des Kreises einzuführen. Dazu soll der Kreisausschuss ein Konzept entwickeln, das in den Ausschüssen abgestimmt wird.

Nach Darstellung von Wiebke Knell ist es vor allem die Gehaltsabrechnung, die den Ehrenamtlichen Sorge bereitet. „Fördervereine sind kleine Betriebe im Ehrenamt“, fasste sie zusammen. Unterschiedlich sei auch das Angebot der Nachmittagsbetreuung. Doch es dürfe nicht



Wie soll künftig die Nachmittagsbetreuung an den Schulen im Landkreis organisiert werden?

ARCHIVFOTO: PIXABY

sein, dass der Wohnort über die Qualität der Betreuung entscheidet. Deshalb solle den Vereinen bei der Verwaltungsarbeit geholfen werden.

Landrat Winfried Becker sprach von einer „großartigen Arbeit der Fördervereine“, die man gar nicht hoch genug schätzen könne. Es sei ein Erfolgsmodell, das zu Beginn niemand auch nur vermutet hätte. Zugleich mahnte Becker an, dass es seitens des Kultusministeriums kei-

ne Rahmenbedingungen dafür gebe. Weil es für die Elternvereine aber zusehends schwieriger werde, beispielsweise Arbeitsverträge zu verwalten, habe der Landkreis ihnen angeboten, dass der Starthilfe-Ausbildungsverbund die Verwaltung übernehme.

Ab dem kommenden Schuljahr will der Kreis sein Angebot erweitern und das Personal über eine landkreiseigene Gesellschaft anstellen.

Auch soll die übrige Verwaltung dort angesiedelt sein. All das geschehe auf freiwilliger Basis.

Der Antrag der Liberalen sei ein richtiger Schritt, erklärte CDU-Sprecherin Silke Böttcher. Allerdings könne das Angebot nicht auf freiwilliger Basis getragen werden. Monika Vaupel (SPD) sprach davon, dass es nicht nur um die Nachmittagsbetreuung ginge. Deshalb sollte man im Ausschuss über Art, Umfang und Organisation des Angebots diskutieren. Als Notruf wertete Hans-Joachim Böhme-Gingold (Die Linke) den Antrag und Marcel Breidenstein (Grüne) fand eine gemeinnützige Gesellschaft als Organisationsform fraglich. Christel Bald (FWG) sagte, die Vereine seien mit der Verwaltung überfordert. Und Renate Glaser (AfD) votierte für eine Beratung im Ausschuss. Ludwig Georg Braun (FDP) betonte, den Eltern sei die Organisationsform gleichgültig. Die Betreuung müsse nur schnell kommen.